

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Wirtschaft

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft am 15.06.2016 in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Barthel
Herr René Haase
Herr Detlef Klucke
Frau Annekathrin Loy
Herr Roy Riedel
Herr Roland Scharp
Herr Erik Stohn

Vertretung für Herrn Detlef Helgert

Sachkundige Einwohner

Herr Dr. Andreas Dubois
Herr Ralf Eyssen

ab 18.20 Uhr

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Martina Borgwardt
Herr Thomas Czesky

Sachkundige Einwohner

Herr Marc Spogat

Vertreter der Kreisverwaltung

Frau Wehlan, Landrätin
Frau Gurske, Beigeordnete und Leiterin des Dezernates II
Herr Gärtner, Beigeordneter und Leiter des Dezernates IV
Herr Ferdinand, Leiter der Kämmerei
Herr Trebschuh, Wirtschaftsförderungsbeauftragter und Leiter des Amtes Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement
Frau Fröbe, SB Beteiligungsmanagement
Frau Schulz, Sekretärin des Dezernates IV

Gäste

Herr Fleischer, Geschäftsführer der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH
Herr Müller, Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.04.2016
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Umgang des Landkreises Teltow-Fläming mit der Beteiligungsgesellschaft SWFG mbH 5-2736/16-LR/1
- 6.2 Integrationskonzept des Landkreises Teltow-Fläming - Entwurf (Fortsetzung der Diskussion und Beschlussempfehlung des Ausschusses) 5-2669/16-II
- 7 Informationsvorlagen
- 7.1 Beteiligungsbericht 2014 des Landkreises Teltow-Fläming an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts 5-2772/16-LR
- 8 Möglichkeiten der Verbesserung der Verkehrsanbindung des Landkreises Teltow-Fläming an die Landeshauptstadt Potsdam und den BER
- 8.1 Diskussionsstand "PlusBus" im Landkreises Teltow-Fläming 5-2807/16-IV
- 8.2 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Einrichtung einer direkten Busverbindung zwischen Ludwigsfelde Bahnhof und Potsdam Hauptbahnhof unter Berücksichtigung der Anbindung der Nord- und Südgemeinden im Landkreis (zur Kenntnis) 5-2785/16-KT
- 8.3 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion - Nahverkehrsanbindungen zum BER, nach Potsdam und Berlin sowie innerhalb des Landkreises Teltow- Fläming verbessern

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Barthel begrüßt recht herzlich die Abgeordneten und sachkundigen Einwohner, die Vertreter der Kreisverwaltung sowie die Gäste.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 06.04.2016

Die Niederschrift gilt als angenommen.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen weder schriftliche noch mündliche Anfragen von Einwohnern vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Es wurden keine Anfragen gestellt.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Wehlan bekräftigt, dass die Frage steht, wann kommen wir aus der vorläufigen Haushaltsführung heraus. Sie gibt zur Kenntnis, dass der Landkreis am 26. Mai 2016 den Anhörungsbescheid vom Ministerium des Innern und für Kommunales mit strengen Auflagen erhalten hat. Darin wird deutlich gemacht, dass die Jahresabschlüsse 2012, 2013, 2014 sowie 2015 mit einem Ergebnis zu verbinden sind. In den nächsten Tagen wird mit dem Eingang des Bescheides gerechnet.

Herr Gärtner teilt mit, dass Herr Scharp zukünftig als Aufsichtsratsvorsitzender der VTF mbH und er als Stellvertreter fungieren wird.

Herr Trebschuh informiert, dass vom 10. - 11.6.16 eine Fahrt zum polnischen Nachbarschaftskreis Gniezno mit der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming stattfand. Während dieser Zeit wurden vier Betriebe besichtigt und der Kontakt mit polnischen Handwerkern gepflegt. Er fasst zusammen, es war eine sehr gute Veranstaltung, d. h. es wurden persönliche Kontakte geknüpft und die Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich besser ausgebaut.

TOP 6 **Beschlussvorlagen**

TOP 6.1

Umgang des Landkreises Teltow-Fläming mit der Beteiligungsgesellschaft SWFG mbH - 5-2736/16-LR/1

Frau Wehlan berichtet, dass der Biotechnologiepark im Rahmen des regionalen Wachstumskerns der Stadt Luckenwalde als Projekt geprüft wird. Sie stellt klar, dass jedes Jahr im Haushaltssicherungskonzept die vonseiten des Ministeriums des Innern und Kommunales geforderte Berichts- und Informationspflicht beschrieben wurde und jeder weiterer Schritt kritisch gesehen wird. Sie betont, dass mit dem KT-Beschluss aus dem Jahr 2012 der beschriebene Weg gegangen wird, um die Kommunalisierung der SWFG mbH vorzunehmen. Mit den entsprechenden Maßgaben und Beschlusspunkten kann ein weiterer Schritt für einen mittelfristigen geordneten Ausstieg aus der SWFG vollzogen werden.

Herr Ferdinand teilt in seiner Funktion als Geschäftsführer der SWFG mbH mit, dass die Gesellschaft strukturell defizitär ist. Der Wohnungsbestand - die sogenannten MBS-Immobilien - konnte weitestgehend verkauft und somit zumindest die Liquidität gesichert werden. Im Gesellschaftervertrag der SWFG mbH war die Maßgabe verankert, dass der Landkreis die Verluste zu tragen hat. Die überregionale Bedeutung der SWFG mbH für ihren renommierten Biotechnologiepark ist bekannt, der auch eine hohe politische Wahrnehmung besitzt. Er weist darauf hin, dass im Biotechnologiepark treue Mieter vorhanden sind und die kosten-technische Darstellung niedrig gehalten wurde und auch sicherlich keine Alternativen vorhanden waren. Für die Marketing- und Vertriebsbetreuung wurden in den Jahren von 2004 - 2014 2,28 Mio. € gezahlt. Diese Betreuung wurde weitgehend eingestellt. Dem Vorwurf, dass für das Marketing nicht viel getan wurde, muss somit widersprochen werden. Die Leerstandsquote betrug im Jahr 2004 11,8 % und im Schnitt in den letzten zehn Jahren immer um die 10 %. Konkret bedeutet das, dass 30 % der Nettomieterlöse in den Bereich Marketing und Vertrieb investiert wurden.

Er informiert, dass auch nach der Umstrukturierung in eine Immobiliengesellschaft mit den drei unterschiedlichen Gesellschaftsfeldern Immobilienverkauf, Biopark Wohnen und Biopark Gewerbe trotz weiterer Immobilienverkäufe finanzielle Mittel des Landkreises zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit erforderlich sind. Bei einem Immobilienverkauf im Speckgürtel von Berlin wird ein Ergebnisbeitrag in Höhe von 100 T€ erwartet. Die strategischen Potentiale wurden im Aufsichtsrat diskutiert. Herr Ferdinand sieht auf längere Sicht als Perspektiven die geordnete Abwicklung und Liquidation der Gesellschaft. Eine Erweiterung des Geschäftsmodells wurde alternativ angesprochen, aber seitens des Aufsichtsrates abgelehnt.

Auf 13,9 Mio. € beläuft sich die Restschuld. Bei Veräußerung des Bioparks Wohnen für 2 Mio. Euro (laut zwischenzeitlicher Offerte) und der Gewerbeimmobilien zum Bodenrichtwert von 5,4 Mio. Euro wären im Rahmen der Veräußerungsbemühungen des Bioparks Gewerbe 6,5 Mio. Euro zu erzielen, um fremdfinanzierte Darlehen in Gänze abdecken zu können. Damit wäre eine Abwicklung möglich, die weitgehend ohne weitere Abwicklungszahlungen auskommt. Voraussetzung ist allerdings die Abschreibung des eingelegten Stammkapitals und der vom Landkreis gegebenen Gesellschafterdarlehen.

Er merkt an, eine politische Lösung wäre es, wenn mehr Teilnehmer für den Biopark Gewerbe gewonnen werden. Dabei könnten fünf Gesellschafter aus den unterschiedlichen Trägern, z. B. Stadt Luckenwalde oder Stadt Jüterbog, den Biopark alimentieren.

Frau Wehlan stellt heraus, dass bis zum Jahr 2018 dem Kreistag eine Option zur SWFG mbH vorzulegen ist.

Herr Stohn stellt die Frage: Wie kommt man zu den 6,5 Mio. €, die im Rahmen der Veräußerungsbemühungen des Bioparks Gewerbe zu erzielen wären?

Herr Ferdinand antwortet, dass man die 6,5 Mio. € Erlösen müsste, um insgesamt auf Null herauszukommen.

Herr Stohn möchte wissen, ob es realistisch ist, einen Käufer bzw. Interessenten zu finden.

Herr Ferdinand konkretisiert, dass der Käufer bei dem Verkaufspreis etwa eine Verzinsung von 8 % herausholen könnte, d. h. etwa eine Höhe von ca. 1,3 - 1,4 Mio. €. Es wäre auch möglich, eventuell die Mieten zu erhöhen. Eine andere Variante wäre die Teilung des Biotechnologieparks. Er ergänzt, dass es keinen Marktwert für Biotechnologieparks in dem Sinne gibt. Grundsätzlich bejaht er, dass es tendenziell einen Investor geben wird.

Herr Barthel weist darauf hin, dass die Investitionsbank des Landes Brandenburg nicht als Träger des Biotechnologieparks einsteigen wird, da sie sich kürzlich erst von ihrem eigenen Biotechnologiepark getrennt hat. Er bestätigt, dass in der Stadt Luckenwalde die Mietpreise deutlich unter dem Marktwert lagen und nicht marktkonform gehandelt wurde. Um diesen Standort in Luckenwalde zu halten, befürwortet er das vorliegende Konzept durchaus. Deshalb ist es wichtig, einen Ablaufplan festzulegen und eine entsprechende Strategie für die Entscheidung der Verwaltung vorzulegen.

Herr Eyssen richtet die Fragen an Herrn Ferdinand: 1. Können die Mieten kurzfristig im Biotechnologiepark erhöht werden? 2. Wie sieht es diesbezüglich mit dem Personal aus?

Herr Ferdinand antwortet zur ersten Frage. Es konnte eine Orientierung der Mietverträge erst erfolgen, als die entsprechenden Mietverträge ausgelaufen waren. Insgesamt wurde im letzten Jahr vieles getan, anders stellt sich die Sache vielleicht in 2 - 3 Jahre dar. Die Erlössituation über die Mietverträge gravierend nachhaltig zu ändern, sieht er nicht. Dafür ist das Verhältnis von Nutzfläche und umbauten Raum zu ungünstig.

Herr Ferdinand führt zu 2. aus, dass momentan 7 Beschäftigte in der SWFG mbH tätig sind:

- Sekretärin
- 2 Mitarbeiterinnen in der Buchhaltung und Controlling
- 1 Mitarbeiterin für den Verkauf der Flächen im Immobilienbereich
- 1 Mitarbeiterin für die Vermietung und den Verkauf der Flächen im Biotechnologiepark
- 1 Gebäudeingenieur
- 1 Elektriker/Hausmeister

Er informiert, dass es Personalanpassungen gegeben hat. Insgesamt ist er zuversichtlich eingestellt, dass auch zukünftig so viele Beschäftigte nötig sind, um die anfallenden Tätigkeiten zu erledigen.

Herr Barthel fügt an, dass der Aufsichtsrat der SWFG mbH die Maßnahmen, die ergriffen wurden, sanktioniert hat.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltung: 2

TOP 6.2

Integrationskonzept des Landkreises Teltow-Fläming - Entwurf (Fortsetzung der Diskussion und Beschlussempfehlung des Ausschusses) - 5-2669/16-II

Herr Barthel teilt mit, dass heute wiederholt das Integrationskonzept auf der Tagesordnung steht und eine Empfehlung des Ausschusses für Wirtschaft zum Integrationskonzept ausgesprochen werden soll. Die Vorschläge für das Integrationskonzept wurden in einer Synopse in der Kreisverwaltung zusammengefasst. Er übergibt an Frau Gurske.

Frau Gurske informiert, dass sämtliche Ergebnisse aus allen Ausschüssen sowie aus der Integrationskonferenz in einer Informationsvorlage für den Kreistag erfasst wurden, die in der Sitzung im Juni 2016 vorgestellt werden soll. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

- die Gründung einer Steuerungsgruppe für die Verbesserung des Informationsflusses und die Unterstützung der Integration in Arbeit und Ausbildung aus Jobcenter, Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsakteuren (Das Amt Wirtschaftsförderung wird die Federführung übernehmen.)
- Akquise von Praktikumsplätzen durch Zusammenarbeit von Arbeitgeberservice und Wirtschaftsförderung
- Öffnung des Lotsendienstes bei der Wirtschaftsförderung für gründungswillige Migranten und Migrantinnen
- Nutzung von ESF- und Landesförderprogrammen
- Nutzung der Erfahrungen und Kompetenzen der kreiseigenen Arbeitsförderungsgesellschaften
- regelmäßige Aktualisierung und Fortschreibung der Förderfibel für Arbeitgeber durch den gemeinsamen Arbeitgeber von Agentur für Arbeit und Jobcenter des Landkreises

Diese o. g. Maßnahmen sollen im Integrationskonzept ergänzt und anschließend nochmals zur Korrektur an die entsprechenden Verantwortlichen verteilt werden.

Herr Barthel äußert seine Meinung, dass er das Konzept sehr gut findet und betont, die genannten Maßnahmen sollten dann auch im Konzept enthalten sein.

Herr Trebschuh gibt zur Kenntnis, dass das Amt Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement an der Integrationskonferenz teilgenommen hat und sich zukünftig im Rahmen der Arbeitsmarktprogramme des Landkreises bei der Integration von Flüchtlingen einbringen wird.

Herr Eyssen spricht an, dass die Kommunen sich damit schwer tun, die Stellen im Bundesfreiwilligendienst zu beantragen, da dort wohl ein entsprechender bürokratischer Aufwand zu leisten ist. Weiterhin weist er darauf hin, dass Probleme mit den Ansprechpartnern bei der Wohnungssuche für Flüchtlinge auftreten. Er bemängelt, dass die Koordinierungsstelle für Flüchtlinge beim Landkreis mit Herrn Rettig nicht zu funktionieren scheint. Aus Sicht der Flüchtlinge wäre es sinnvoll, eine Anlaufstelle für Flüchtlinge zu schaffen und dies zu koordinieren.

Frau Gurske teilt mit, dass am 22.06.16 in der Kreisverwaltung eine Koordinierungsrunde mit den Kommunen mit ihren Ansprechpartnern für die Integration von Flüchtlingen stattfindet.

Herr Barthel informiert, dass die Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming momentan 265 Teilnehmer/innen im Projekt „Brandenburg - Deine Chance“ aufgenommen hat. In den Werkstätten der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming werden verschiedene berufliche Orientierungen in den Handwerksgewerken gezeigt und ausprobiert. Die ZAL stellt auch parallel ähnliche Maßnahmen für Flüchtlinge bereit.

Frau Gurske fügt an, dass sie vor einigen Tagen an einem Kooperationsstreffen bei der Bundesagentur für Arbeit teilgenommen hat, wobei auch das Thema Flüchtlinge auf der Tagesordnung stand. Es zeichnet sich ab, dass schrittweise davon abgegangen wird, die Sprachkurse als Block anzubieten und eine parallele praktische Anwendung in der gelernten Fachsprache anzuregen. Dies ist wesentlich nachhaltiger, als nur die deutsche Sprache zu lehren. Zukünftig soll es Ausschreibungen geben, die einen Mix aus Arbeiten und Wohnen anbieten. Die Träger und Betriebe müssen noch gefunden werden, die diese Maßnahmen unterstützen. Daher hofft sie, dass bald solche Angebote vor Ort vorhanden sein werden.

Herr Barthel bekräftigt die Aussage von Frau Gurske. Der Forderung der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming und der Betriebe wird somit gefolgt, Gelerntes auch in Form von Praktika anwenden zu können.

Er schlägt vor, dass Thema in der nächsten Sitzung nochmals aufzurufen, wenn das überarbeitete Integrationskonzept vorliegt. Die Anwesenden einigen sich übereinstimmend, die Beschlussempfehlung zu vertagen.

TOP 7

Informationsvorlagen

TOP 7.1

Beteiligungsbericht 2014 des Landkreises Teltow-Fläming an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts - 5-2772/16-LR

Herr Barthel führt aus, dass der Beteiligungsbericht 2014 als reine Informationsvorlage zu betrachten ist. Er übergibt das Wort an Frau Wehlan.

Frau Wehlan gibt zur Kenntnis, dass auch nach dem heutigen Tage nach der Lesung des Beteiligungsberichtes die Möglichkeit besteht, Nachfragen zum Beteiligungsbericht an die zuständige Sachbearbeiterin des Beteiligungsmanagements, Frau Fröbe, zu geben. Grundlage für den Beteiligungsbericht bilden die Jahresabschlüsse des jeweiligen Jahres der Gesellschaften. Sie kommt der Forderung nach, über den aktuellen Stand der Jahresabschlüsse 2015 der Gesellschaften zu informieren. Für die GAG mbH Klausdorf und für die BADC GmbH wurden seitens der Wirtschaftsprüfer, des Aufsichtsrates und der Gesellschafter die Jahresabschlüsse 2015 festgestellt. Bei der SWFG mbH, der FGS mbH und der VTF mbH sind überwiegend die Prüfungen über den Wirtschaftsprüfer erfolgt. Demnächst wird die Feststellung über den Aufsichtsrat und die Gesellschafter vorbereitet. Nachdem die

Gesellschafterverträge für jede Gesellschaft neu verfasst wurden, konnten auch die Termine für die Jahresabschlüsse verändert werden.

TOP 8

Möglichkeiten der Verbesserung der Verkehrsanbindung des Landkreises Teltow-Fläming an die Landeshauptstadt Potsdam und den BER

TOP 8.1

Diskussionsstand "PlusBus" im Landkreises Teltow-Fläming - 5-2807/16-IV

TOP 8.2

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Einrichtung einer direkten Busverbindung zwischen Ludwigsfelde Bahnhof und Potsdam Hauptbahnhof unter Berücksichtigung der Anbindung der Nord- und Südgemeinden im Landkreis (zur Kenntnis)

- 5-2785/16-KT

TOP 8.3

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion - Nahverkehrsanbindungen zum BER, nach Potsdam und Berlin sowie innerhalb des Landkreises Teltow- Fläming verbessern

Frau Wehlan teilt mit, dass zum Thema Möglichkeiten der Verbesserung der Verkehrsanbindung des Landkreises Teltow-Fläming an die Landeshauptstadt Potsdam und den BER die unter TOP 8.2 und TOP 8.3 gestellten Anträge der Fraktionen den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft zur Kenntnis gegeben wurden. Dies soll vermitteln, dass bereits an diesen Themen gearbeitet wird. Des Weiteren soll über diese Vorlage (TOP 8.1) der Arbeitsstand aufgezeigt werden, der heute mit Vertretern der VTF mbH untersetzt wird.

Herr Müller als Vertreter der Verkehrsgesellschaft mbH berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über den Stand der Diskussion zum PlusBus. Folgende Korridoruntersuchungen wurden durchgeführt:

- Korridor 1: Zossen - Ludwigsfelde - Potsdam
- Korridor 2: Luckenwalde - Zossen
- Korridor 3: Luckenwalde - Baruth
- Korridor 4: Jüterbog - Dahme - Luckau/Uckro.

Als Vorzugsvariante für einen PlusBus wäre die Linie Ludwigsfelde - Potsdam zu empfehlen. Dabei zeichnet sich ab, dass auf dieser Linie bereits schon eine hohe Nachfrage besteht. Mindestens einmal pro Stunde soll ein regelmäßiger Taktverkehr stattfinden, so wie es im Plus-Bus-Konzept vorgesehen ist. Der geplante Taktverkehr soll verlässlich mit der Bahn abgestimmt werden. Die Betriebskosten jährlich werden ca. 400 T€ betragen, darin sind Personalkosten für vier zusätzliche Busfahrer enthalten. 2 zusätzliche Fahrzeuge sind für die Durchführung dieser Linie noch erforderlich.

Herr Müller stellt schlussfolgernd fest, dass die Vorzugsvariante den Wegfall der nicht mehr durch das Land Brandenburg finanzierten Linie 618 Potsdam - Wünsdorf kompensiert und als PlusBus zu favorisieren ist. Bis zum September 2016 ist eine Entscheidungsfindung erforderlich, da dann die Umsetzung zum Fahrplanwechsel Dezember 2017 erfolgen soll. Er weist darauf hin, dass der Landkreis selbst finanzielle Mittel aufbringen muss, da es keine zusätzlichen Gelder vom Land Brandenburg gibt.

(Um 18.16 Uhr erscheint Herr Dr. Dubois zur Sitzung.)

Herr Barthel äußert sich, dass die Entscheidung durch den Kreistag des Landkreises noch aussteht. Er wird sich persönlich dafür einsetzen, dass die Finanzierung weiterhin durch Landesmittel erfolgt. Die Kriterien Verkehrsdichte, Teilnehmersituation sowie Ertragsrelation

für eine landesbedeutsame Linie untersetzen diese deutlich. Er ist zuversichtlich, eine positive Entscheidung zu bekommen.

Herr Trebschuh betont, dass die geplante PlusBus-Linie Ludwigsfelde - Potsdam auch die Linie 618 und andere bestehende Buslinien anbinden könnte. Die Bedarfe sind im Verflechtungsraum um Berlin stark gestiegen, jedoch werden nicht mehr finanzielle Mittel bereitgestellt. Sein dringender Wunsch ist es, dass mehr Gelder zur Verfügung stehen und richtet seine Bitte an die anwesenden Landtagsabgeordneten.

Herr Klucke spricht an, dass durch den Wegfall der Linie 618 die Bürger nicht mehr nach Ludwigsfelde in das Krankenhaus gelangen würde und fragt nach, ob dafür schon eine andere Lösung gefunden wurde.

Herr Fleischer antwortet, dass es verlässliche Umstiege in Ludwigsfelde gibt und die Buslinie 701 (Zossen nach Ludwigsfelde) erhalten bleibt.

Herr Scharp spricht sich dafür aus, dass die Beteiligung des Landes wünschenswert ist. Wenn keine Landesförderung erfolgt, müsste der Landkreis diese Linie stemmen. Es ist zu prüfen, ob dies innerhalb der Haushaltssicherung mit Übernahme einer freiwilligen Maßnahme in Höhe von 400 T€ möglich ist. Er möchte wissen, warum der „Antrag der SPD-Kreistagsfraktion - Nahverkehrsverbindungen zum BER, nach Potsdam und Berlin sowie innerhalb des Landkreises Teltow-Fläming verbessern“ nicht an andere Ausschüsse geleitet wurde.

Herr Barthel erklärt, dass der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion als Informationsvorlage für die nächste Kreistagssitzung dient und danach in die zuständigen Ausschüsse verwiesen wird.

Herr Trebschuh betont, dass der übrige ÖPNV eine Daseinsvorsorge darstellt. Die Aussage, dass es eine zusätzliche freiwillige Aufgabe ist, kann man so nicht stehen lassen. Er sieht auch keine Anknüpfungspunkte in der Haushaltsdiskussion 2017, beim übrigen ÖPNV an anderer Stelle Einsparungen vorzunehmen. Das würde bedeuten, dass andere notwendige ÖPNV-Leistungen nicht erbracht werden können. Damit kann er sich nicht einverstanden erklären. Sicher wird es notwendig sein, Kommunen des Landkreises, die von der hier besprochenen PlusBus-Linie partizipieren würden, an der Finanzierung zu beteiligen.

Herr Barthel schlägt vor, die Eckpunkte zu den Planzahlen für das Haushaltsjahr 2017 in der nächsten Sitzung vorzustellen.

Luckenwalde, 14.09.2016



H. Barthel
Ausschussvorsitzender

V. Kuhrmann
Schriftführerin